

Chronologie der Ereignisse

17. Januar 1995 Jacques Santer und die 19 anderen Mitglieder der neuen Europäischen Kommission stellen sich im Europäischen Parlament in Straßburg einer Vertrauensabstimmung. In seiner Rede verspricht Santer auch eine Verbesserung des Finanzmanagements und erklärt: *« Mes collègues et moi-même sommes déterminés à améliorer la culture budgétaire et administrative de la Commission. [...] Faisons de la lutte anti-fraude une de nos priorités communes, à tous les niveaux. »*

25. Oktober 1995 Der Europäische Rechnungshof in Luxemburg nimmt seine erste „Zuverlässigkeitserklärung“ zur Ausführung des EU-Haushaltes an. Sie betrifft das Haushaltsjahr 1994 und kommt zu dem Schluss, dass *„der wahrscheinlichste kumulierte Betrag der – sehr zahlreichen – schwerwiegenden Fehler in bezug auf Zahlungen, die dazu geführt haben, dass die Zahlungen zu Unrecht zu Lasten des Haushaltsplans verbucht wurden, in der Größenordnung von 2 386 Mio. ECU [liegt].“* Die „Zuverlässigkeitserklärungen“ für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 fallen nicht besser aus.

31. März 1998 Das Europäische Parlament beschließt, die Entlastung der Kommission für das Haushaltsjahr 1996 aufzuschieben. Das Parlament erklärt, dass es die Entlastung erst dann erteilen wird, wenn es die von ihm geforderten Informationen über vermutete Fälle von Betrug und Korruption erhalten hat und wenn gewährleistet ist, dass die zuständigen nationalen Justizbehörden künftig unverzüglich und ohne Ausnahmen von jedem Fall von vermutetem Betrug, Korruption oder anderen Delikten in Kenntnis gesetzt werden, wo der Verdacht besteht, dass EU-Beamte verwickelt sein könnten. Im Mittelpunkt steht die „MED-Affäre“. Sie betraf dezentrale Kooperationsprogramme mit den Anrainerstaaten des Mittelmeerraums (Städtepartnerschaften, Partnerschaften zwischen Hochschulen und Privatunternehmen, Zusammenarbeit im Medienbereich). Dabei war es einem Netzwerk von Firmen gelungen, diese Programme im Rahmen sogenannter technischer Hilfeleistungen weitgehend unter Kontrolle zu bringen.

Anfang Juli 1998 *forum* berichtet exklusiv, dass eine in Luxemburg ansässige Firma („Perry Lux“) mit Off-Shore-Tochtergesellschaften in Irland Drehscheibe eines Finanzskandals war, in dem auch hohe Beamte von ECHO, dem Amt für humanitäre Hilfe der EU, verwickelt waren. Es geht um 2,4 Mio. Euro, die für Afrika und das ehemalige Jugoslawien bestimmten waren, dort aber nie ankamen.

2. September 1998 Die grüne Abgeordnete Edith Müller schreibt einen offenen Brief an die für Betrugsbekämpfung zuständige Kommissarin Gradin, in dem sie eine Aufklärung der ECHO-Affäre verlangt und die Kommission vor einer Vertuschung der Vorgänge warnt.

24. September 1998 Die Zeitung *Libération* berichtet, dass Kommissarin Cresson als *« visiteur scientifique »* in der Generaldirektion Forschung einen *« ami de vingt ans »* hat einstellen lassen, den damals 66-jährigen Zahnarzt René Berthelot.

9. Dezember 1998 Der als Beamter in der Finanzkontrolle der Kommission arbeitende Niederländer Paul van Buitenen schickt ein Dossier an die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament, mit der Bitte, dies an den Haushaltskontrollausschuss weiterzuleiten. Die in seinem Dossier beschriebenen Unregelmäßigkeiten betreffen vor allem das Leonardo-da-Vinci-Programm (EU-Programm zur Förderung der beruflichen Bildung).

17. Dezember 1998 Der mit knapper Mehrheit gemachte Vorschlag des Haushaltskontrollausschusses, der Kommission die Entlastung für das Haushaltsjahr 1996 zu erteilen, fällt bei einer namentlichen Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments durch. Für die Entlastung stimmen nur 225 Abgeordnete, dagegen 270.

18. Dezember 1998 Paul van Buitenen wird vom Dienst suspendiert.

14. Januar 1999 Das Parlament beschließt die Einsetzung eines Ausschusses unabhängiger Sachverständiger und lehnt einen Misstrauensantrag gegen die Kommission mit 293 gegen 232 Stimmen ab.

15. März 1999 Der Ausschuss unabhängiger Sachverständiger veröffentlicht seinen ersten Bericht über Anschuldigungen betreffend Betrug, Missmanagement und Nepotismus in der Europäischen Kommission und schreibt in seinen abschließenden Bemerkungen unter anderem:

„Die Unwissenheitsbeteuerungen seitens der Kommissare in bezug auf Probleme, die in ihren Dienststellen, bis hinauf zu den höchsten Beamtenebenen, häufig wohlbekannt waren, sind gleichbedeutend mit einem Eingeständnis der politischen Stellen, dass sie die Kontrolle über die Verwaltung, die sie eigentlich führen müßten, verloren haben. Dieser Verlust der Kontrolle impliziert zunächst einmal eine schwerwiegende Verantwortung sowohl für die einzelnen Kommissare als auch für die Kommission insgesamt. (...)“

Die Verantwortung der Kommissionsmitglieder oder der Kommission insgesamt darf in der Praxis nicht nur eine vage Idee, ein unrealistischer Begriff sein. Man muss sich ständig der Verantwortung bewusst werden. Jeder muß sich für den Bereich, für den er zuständig ist, verantwortlich fühlen. Im Verlauf der vom Ausschuss durchgeführten Untersuchungen wurde allzu oft festgestellt, dass das Verantwortungsbewusstsein in der hierarchischen Kette versickert. Es wird schwierig, irgendeine Person zu finden, die sich auch nur im geringsten verantwortlich fühlt. Dieses Verantwortungsbewusstsein ist jedoch von wesentlicher Bedeutung. Man muß es in erster Linie von den Kommissionsmitgliedern und ihrem Kollegium erwarten. Der Versuch, den Begriff der Verantwortung seines wirklichen Inhalts zu berauben, ist gefährlich. Dieser Begriff ist eigentlicher Ausdruck der Demokratie.“

Die Kommission tritt daraufhin noch am gleichen Tag zurück. ♦